

Sozialökologischer Gesellschaftumbau auf dem Weg in eine Solidarische Moderne

In Erinnerung an Hermann Scheer († 14. Oktober 2010)

Dieser Text ist im Vorstand des ISM und unter aktiver Beteiligung weiterer Mitstreiter_innen gemeinsam erarbeitet worden. Unser Ziel ist, den programmatischen und strategischen Verständigungsprozess weiter voranzubringen, der in der gesellschaftlichen und politischen Linken wie in der kritischen Wissenschaft und Kultur schon in Gang gekommen ist und durch die Wende in der Atompolitik neuerlichen Auftrieb gewonnen hat. Dabei kommt es uns weniger um die möglichst vollständige und durchgearbeitete Auflistung der verschiedenen einzelnen Schritte eines sozialökologischen Gesellschaftsumbaus an. Vielmehr wollen wir deutlich machen, dass ein solcher Umbau nur als ein zusammenhängendes soziales, kulturelles und politisches Projekt entworfen werden kann, als Projekt letztlich einer anderen Gesellschaft: einer Solidarischen Moderne. Zur fortlaufenden Ausgestaltung und Durchsetzung eines solchen Projekts muss sich eine breite Allianz verschiedener Akteur_innen herausbilden. Dieser Allianz wollen wir mit der Diskussion des vorliegenden Textes erste Gelegenheiten der Zusammenkunft eröffnen, der Text selbst ist deshalb als Einladung zur Teilnahme verfasst worden.

Das Institut Solidarische Moderne e.V., 2010 mit Sitz in Berlin gegründet, ist Programmwerkstatt und demokratischer Kulturverein mit einer Doppelfunktion: Im engen Dialog von politischer Praxis und konstruktiver Wissenschaft erarbeitet das ISM mit seinen 1.500 Mitgliedern Entwürfe zu ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Fragen einer demokratischen Gesellschaftsreform. Es unterstützt gesellschaftliche Kräfte bei der Entwicklung eines emanzipatorischen Reformprojekts und es bemüht sich um die Realisierung einer entsprechenden Machtoption.

Institut Solidarische Moderne e.V. | Dahlmannstr. 19 | 10629 Berlin

www.solidarische-moderne.de | info@solidarische-moderne.de | www.facebook.com/solidarische.moderne

Umriss eines sozialökologischen Gesellschaftsumbaus auf dem Weg in eine Solidarische Moderne

Wir leben in einer Situation des Übergangs. Der Wiederaufschwung der Antiatombewegung und die Katastrophe von Fukushima haben binnen weniger Wochen nicht nur den Ausstieg aus der Atomenergie, sondern letztlich aus der gesamten fossilistisch-atomaren Wirtschaftsweise auf die Tagesordnung gesetzt. Monate lange Demonstrationen verwandelten die anfangs bloß lokal bedeutsame Auseinandersetzung um einen Bahnhofsneubau in eine gesamtgesellschaftlich relevante Auseinandersetzung um Verfassung und Zukunft der Demokratie. Beide Entwicklungen führten das Gerede von der „Politikverdrossenheit“ auf seine Wahrheit zurück: auf den Unwillen von immer mehr Menschen, Verhältnisse und Vorgänge weiter hinzunehmen, die jahrzehntelang als „alternativlos“ galten. Dabei ist die Repolitisierung der deutschen Verhältnisse Teil unterschiedlicher, doch in mancher Hinsicht gleichsinniger Prozesse in Griechenland, Spanien, Italien und Großbritannien wie in Nordafrika oder in Lateinamerika. Trotz der Verschiedenheit im konkreten Anlass wie in der aktuellen Form der Proteste artikulieren die Menschen unter der gemeinsamen Losung „*real democracy*“ ihr Recht auf Mitwirkung und ihren Anspruch auf Mitsprache an der konfliktiven Ausgestaltung ihrer gesellschaftlichen Einrichtungen und ihrer alltäglichen Lebensverhältnisse.

Im weithin geteilten Gefühl, sich auf dem schwankenden und unsicheren Grund einer Situation des Übergangs selbst zu Wort melden zu müssen, drückt sich eine in sich vielfältige Krisendynamik aus. Führen die im globalen Norden vorherrschenden Produktions- und Lebensweisen im globalen Süden seit Jahrhunderten schon zu Verarmung, sozialer Polarisierung bis hin zu hunger-, krankheits- und gewaltbedingtem Massensterben, bedrohen die Umwelt- und Klimakatastrophe wie die Zerstörung der Biodiversität im Zug ihrer gegenseitigen Verschärfung und Ausweitung durch die Finanz- und Schuldenkrise heute zunehmend das Überleben aller. Haben sich infolge des wirtschaftlichen Aufstiegs der Schwellenländer mehrere hundert Millionen Menschen trotzdem aus ihrer Armut befreit und sich Zugang zu den Lebensweisen und dem Konsumniveau der Mittelklassen des Nordens eröffnet, beschleunigen ihr Zugriff auf die natürlichen Ressourcen und die Explosion von Treibhausgasemissionen das Desaster eines Produktions- und Konsummodells, das nicht weiter durchzuhalten sein wird. Mit der gegenseitigen Eskalation der sozialen, ökonomischen, ökologischen und politischen Krisen nehmen die Kriegsgefahr und mit ihr die Gefahr des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen zu. Dazu gehört, dass die formelle Ausbreitung von Demokratie durch deren Aushöhlung in der Sache durchkreuzt wird und dem Anspruch auf Demokratie nach wie vor Diktaturen und die Spirale der Gewalt entgegenstehen, in der Terror und Gegenterror aufeinander folgen. Dabei sind die seit 2008 vor allem mit der „Rettung“ des internationalen Finanzsystems, verschuldeter Staaten und des Euro beschäftigten Regierungen und das Management der Wirtschaft derzeit nicht einmal in der Lage, ihre jeweiligen Krisenpolitiken aufeinander abzustimmen. Sind dabei nachhaltige und tragfähige Lösungen nicht abzusehen, liegt das vor allem daran, dass die „Krisenlösungsstrategien“ nicht an die Grundstrukturen des neoliberalen Kapitalismus rühren und das Wagnis scheuen, die Dominanz der globalen Finanzmärkte und die außerhalb demokrati-

scher Kontrolle und Regulierung agierenden transnationalen Unternehmen in Frage zu stellen. Immer augenfälliger wird dabei die Unangemessenheit der kurzfristigen und eindimensionalen Entscheidungsmaßstäbe auf den Märkten und innerhalb der parlamentarischen Wahlperioden zum Langfristcharakter und zur Komplexität der globalen Mehrfachkrise. Die weltgesellschaftliche Entwicklung scheint dem Einfluss staatlichen und erst recht zivilgesellschaftlichen Handelns zu entgleiten.

Am Scheideweg - eine Übergangssituation

Ein Widerspruch voll des Absurden vertieft sich: nie war die wissenschaftliche und technologische Basis für den Übergang zu ökologisch nachhaltigen und sozial wie politisch gerechten Produktions- und Lebensweisen so entwickelt wie heute, nie war der gesellschaftliche Reichtum so groß, nie aufgrund dessen die Möglichkeit eines Lebens in Würde für alle Menschen auf der Erde so greifbar wie in unserer Zeit. Doch niemals zuvor steuerte die Menschheit so bedenklich auf einen allein von Besitz- und Überlebenskonkurrenzen getriebenen Zerfall sozialer Bindungen und sozialen Zusammenhalts und die Zerstörung ihrer natürlichen Lebensgrundlagen zu.

In Deutschland empfanden 56 Prozent der Bevölkerung die wirtschaftlichen Verhältnisse schon vor der jüngsten Finanz- und Weltwirtschaftskrise als ungerecht, nur 15 Prozent der Deutschen sahen sie als im Großen und Ganzen gerecht an (Institut für Demoskopie Allensbach, in: FAZ, 11.12.2007). Inzwischen haben der Einbruch der Konjunktur durch die Krise sowie die Bankenrettungs- und Konjunkturprogramme die Staatsschulden der Industrieländer dramatisch erhöht. Die USA standen im Sommer 2011 kurz vor der Zahlungsunfähigkeit, ehe sie ihre gesetzliche Grenze für Staatsschulden nochmals um mindestens 2,1 Billion Dollar auf 13,4 Billionen erhöhten und gleichzeitig die Sozialleistungen extrem absenkten. Auch in Europa werden die Kosten eines destruktiven Finanzsystems, verfehlter Wirtschafts- und Strukturpolitik und die Kosten der fortwährenden Militäreinsätze in der Form von ausbleibenden Zukunftsinvestitionen und von weitere Kürzungen an Löhnen, Renten und Sozialleistungen auf die Gesellschaft abgewälzt. Unter dem Druck der Gläubigerstaaten, der EU-Kommission, der EZB und des IWF wird dieser Kurs in den Schuldnerstaaten Griechenland, Portugal und Irland mit besonderer Härte exekutiert und stranguliert dort neben dem Wirtschaftswachstum schlicht das Überleben noch der Mittelklassen – so wie dies in den Jahrzehnten zuvor schon in vielen Ländern des globalen Südens geschah. Nach kurzem öffentlichem Jubel über den deutschen Aufschwung könnte eine Abschwächung des Wirtschaftswachstums Anlass geben, auch in Deutschland noch mehr an der Lösung der Zukunftsprobleme, den Arbeitnehmer_innen, Erwerbslosen und sozial Ausgegrenzten zu „sparen“. Eine neue Welle der Privatisierung droht, die öffentliche Daseinsvorsorge weiter auszuhöhlen. Das Ausbleiben einer solidarischen Wirtschafts-, Bildungs- und Sozialpolitik verstärkt eine zunehmend gewalttätige Besitz- und Überlebenskonkurrenz, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Angriffe auf Erwerbslose oder Obdachlose und bereitet derart den sozialen Boden für Rechtspopulismen. Dabei zeigt die jüngste britische Entwicklung wie im Brennglas, dass die Regierungen in der schwindenden Akzeptanz ihrer Politik auf Strategien verstärkter Repression setzen – und dies ganz offenbar schon seit längerer Zeit tun.

Wenn sich diese Tendenzen trotz der eingangs genannten Zunahme sozialer Bewegung noch nicht zu einer ernsthaften politischen Krise verdichtet haben, liegt das zunächst einmal daran, dass ein Zusammenbruch wie in den 1920er Jahren durch globale Kooperation bisher verhindert wurde. Auch wenn die Regierenden wie anderswo in der Welt auch in der Bundesrepublik an Legitimität verloren haben, konnten die enorme Flexibilität der Regierungsparteien und der Korporatismus in den Gewerkschaften eine Ausweitung der Krise zur Sozialkrise bislang abwenden. Noch zieht der neoliberale Kapitalismus Überlebenskraft aus in der Sache oberflächlichen und ungenügenden Reformen, aus seiner außerordentlichen Anpassungsfähigkeit an veränderte Bedingungen, aus seiner trotzdem fortdauernden Produktivität und nicht zuletzt aus der Angst der Menschen vor Verlusten bei Aufbrüchen in gesellschaftliches Neuland. Entspringt diese Angst zunächst der millionenfachen Verinnerlichung neoliberaler Verhältnisse und Normen, reflektiert sich in ihr allerdings auch die Schwäche einer seit langem schon vielfach segmentierten Linken und das Fehlen eines überzeugenden und dadurch mobilisierungsfähigen alternativen Gesellschaftsprojekts.

Darin ähnelt die aktuelle Krise vorangegangenen historischen Übergangs-, Scheidewege- und Gabelungssituationen. Als die Krise des fordistisch-sozialstaatlich regulierten Kapitalismus der Nachkriegsjahrzehnte in den 1970er Jahren richtungsweisende Antworten erforderte, wurde die Chance für eine alternative Gesellschaftsentwicklung verpasst: Statt das „sozialdemokratische Zeitalter“ (Ralf Dahrendorf) auf weitergehende Reformen zu öffnen, statt den 1972 durch den Club of Rome-Bericht zu den „Grenzen des Wachstums“ ausgelösten Kulturschock in eine emanzipatorische sozialökologische Wende umzusetzen, entschied der neoliberale Kapitalismus und die ihn tragenden gesellschaftlichen Kräfte die „fordistische“ Regulierungskrise zu seinen Gunsten.

Ein ähnliches Schicksal widerfuhr dem Aufbruch Hunderttausender in den Jahren 1989/90. Die Implosion des osteuropäischen Staatssozialismus öffnete einen weiten Raum gesellschaftlicher Neugestaltung und die Möglichkeit einer welthistorischen Sternstunde der Politik. Doch bestärkte die auf den Triumph über den Staatssozialismus reduzierte „Wende“ die neoliberale Politik: Die Mehrheit der Ostdeutschen und der Osteuropäer_innen wollten keine neuen Experimente, sondern Teilhabe an Freiheit, Demokratie und Lebensstandard des Westens, der allerdings zu dieser Zeit schon ins Schleudern geraten war. Die Chance einer doppelten Modernisierung, eines Nachholens der Evolutions- und Zivilisationspotenziale bürgerlicher Demokratie im Osten und eines gleichzeitigen Aufbruchs zur gemeinsamen Erneuerung der Demokratie wie zu sozialökologischer Nachhaltigkeit in Ost und West wurde verpasst: „nicht mehrheitsfähig“ und den bestimmenden Machteliten weltenfernt.

Wie damals stehen auch in der gegenwärtigen Mehrfachkrise gegensätzliche Zukünfte zur Entscheidung. Wird die Chance abermals vertan - oder gelingt es heute, sie durch breite Allianzen für eine Solidarische Moderne und eine sozialökologische Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse zu nutzen?

Anhaltende Dominanz des neoliberalen Kapitalismus

In seiner Kombination mit einem verstärkten Staatsinterventionismus nimmt der Entwicklungspfad des neoliberalen Kapitalismus in der Bundesrepublik, den anderen europäischen Ländern und in den USA autoritäre Züge an. So werden die Sanierung der öffentlichen Haushalte und die Wiedergewinnung von Wettbewerbsfähigkeit in Europa höchst einseitig betrieben, indem die Kosten der Austeritätspolitik durch noch niedrigere Löhne, weitere Kürzungen öffentlicher Dienstleistungen und fortgesetzte Privatisierungen beglichen und dadurch von den Banken und Vermögenden auf den Staat und die Allgemeinheit abgewälzt werden. Damit wird die Fähigkeit der Politik, die drängenden Zukunftsprobleme wenigstens anzugehen, entscheidend geschwächt. Trotz der allgemeinen Verurteilung der spekulativen Exzesse auf den Finanzmärkten haben Großbanken und internationale Investmentfonds nach einer Reihe halbherziger Schritte zur Re-Regulierung ihre Macht mit Hilfe billionenschwerer staatlicher Rettungsaktionen restauriert. Die Finanzialisierung des neoliberalen Kapitalismus ist ungebrochen. Selbst Rohstoffe und Lebensmittel werden in bisher ungekanntem Ausmaß zum Spekulationsobjekt gemacht - mit fatalen Folgen für Millionen hungernder Menschen.

Ein umkämpfter Trend: Erneuerung des Neoliberalismus durch Grüne Ökonomie, Grüner New Deal oder sozialökologische Transformation?

Die Begriffe der „Grünen Ökonomie“ wie des „Green New Deal“ umreißen den derzeit wohl maßgeblichen, in sich heftig umkämpften Trend gesellschaftlicher Entwicklung, in dem verschiedene, zum Teil auch gegensätzliche Kräfte versuchen, ihre Interessen zur Geltung zu bringen. Ob sich in dieser hochkonfliktiven Gemengelage ein umfassendes und breit akzeptiertes emanzipatorisches Gesellschaftsprojekt durchsetzt, ist gegenwärtig noch eine offene Frage: für ein solches Projekt schlagen wir den Begriff eines sozialökologischen Gesellschaftsumbaus vor.

Für die Möglichkeit eines solchen Umbaus spricht, dass sich den neoliberal-finanzkapitalistisch geprägten Projekten eines Grünen Kapitalismus ein breites Spektrum von Kräften entgegenstellt, das von grünen und linken Akteur_innen über soziale Bewegungen bis zu strategisch handelnden Unternehmerkreisen und Großunternehmen mit Gewinninteressen an einem ökologischen Strukturwandel der Wirtschaft reicht.

Die zukunftsentscheidende Frage all' dieser Auseinandersetzungen ist, in welchen gesellschaftlichen Zusammenhängen und von wem eine Grüne Ökonomie durchgesetzt wird. Nimmt der neoliberale Finanzmarktkapitalismus die Grüne Ökonomie als Lebenselixier in sich auf, würden die Produktions- und Lebensweisen zwar ökologischer, doch nicht grundsätzlich anders werden: nicht gerechter, nicht sozialer und nicht demokratischer, ohne wesentliche Veränderung der gegenwärtigen Eigentums-, Verfügungs-, Verteilungs- und Machtstrukturen, ohne Raum für nachhaltige und demokratisch gestaltete gesellschaftliche Naturverhältnisse. Würden stattdessen mit einer Grünen Ökonomie auch die weltgesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu Gunsten eines postneoliberalen Richtungswechsels verändert und gelänge es, schon im Rahmen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften eine emanzipatorische Zeitenwende einzuleiten, könnte dem fordistisch-sozialstaatlich und dem neoliberal regulierten Kapitalismus eine tiefgreifende sozialökologische

Transformation folgen – mit offenem Ausgang. Welche Rollen dabei den verschiedenen Entwürfen eines Green New Deal zukommen wird, ist derzeit noch nicht abzusehen.

Erste Chancen einer solchen Entwicklung zeichnen sich in der Re-Kommunalisierung von Stadtwerken unter dem Druck von Bürgerentscheiden, in den Netzwerken von Dörfern, die eine hundertprozentige Stromversorgung aus lokal verfügbaren erneuerbaren Energien anstreben oder bereits realisieren, in Formen solidarischen Wirtschaftens einschließlich der bevorzugten Vergabe öffentlicher Aufträge an umweltfreundliche Unternehmen, im politischen Wirken von NGOs und ökologisch-sozialen Bewegungen und, nicht zuletzt, im umweltbewussten Alltagsverhalten ungezählter Bürger_innen ab.

Zielen viele Vorstellungen eines grünen Gesellschaftsumbaus im Rahmen des Kapitalismus auf die Chancen nachhaltiger Entwicklung durch umwelttechnologischer Strukturwandel und ökologische Modernisierung, wird die Dringlichkeit einer Veränderung der finanzkapitalistisch dominierten Eigentums-, Verfügungs- und Machtverhältnisse in einigen Green New Deal-Konzepten kaum oder nur am Rande thematisiert. Zum emanzipatorischen Transformationsprojekt der kommenden Jahrzehnte kann ein Green New Deal allerdings nur dann werden, wenn es durch Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse gelingt, einen emanzipatorisch-sozialökologischen Umbau der Wirtschaft mit der Erneuerung der Demokratie zu einem alternativen Gesellschaftsprojekt zu verbinden, das sich vor allem anderen in einer umfassenden Solidarität des Nordens und des Südens bewährt.

Einem so verstandenen Green New Deal stehen dann all' die Kräfte entgegen, für die mit einer Grünen Ökonomie zwar die Produktions- und Lebensweisen ökologischer, doch nicht grundsätzlich anders werden sollen. Hier wird auf E-Autos ohne grundsätzliche Änderung der Mobilitätsstruktur, auf Projekte erneuerbarer Energien in den Händen weniger Konzerne, auf einen harten globalen Kampf um knapper werdende Rohstoffe und eine primär sicherheitspolitisches „Management“ der Klima- und Ernährungskrise gesetzt. In dieser Perspektive investieren Private Equity Fonds wie Blackstone mehrere Milliarden Euro in Offshore-Windparks vor den deutschen Küsten, staatlich gefördert und mit günstigen Krediten der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Hier wird die Ausplünderung des Planeten mit anderen Mitteln fortgesetzt, wird das mögliche Neue eines Green New Deal vom Alten eines Grünen Kapitalismus stranguliert, sollen die Wachstumsanstöße grüner Investitionen (in Kombination mit weiteren Lohnkürzungen und fortgesetzter Umstellung öffentlicher auf privater Daseinsfür- und vorsorge) deutsche und kerneuropäische Exportüberschüsse auf eine neue Basis und vor allem auf Dauer stellen. Dem entspricht, dass ökologische Technologie nicht mit anderen geteilt, sondern durch exzessiven Patentschutz teuer gehalten werden.

Wird ein Grüner Kapitalismus neoliberal dominiert, wird der potenziell schon breit getragene Konsens über einen Wandel der Produktions- und Lebensweisen und der gesellschaftlichen Naturverhältnisse nicht zustande kommen. Da eine solche Politik infolge ihrer strukturellen Inkonsistenz nicht hegemonial werden kann, muss sie zur Sicherung ihres krisendurchwirkten Fortbestands autoritärer Herrschaftsformen herausbilden, in denen sich die Erosion der Demokratie in ihrer Abschaffung vollendet. Ein darin eingebetteter Grüner Kapitalismus aber kollidiert mit dem eigensten Gehalt eines emanzipatorischen Gesellschaftsumbaus.

Trotz des weiter sich verengenden Zeitfensters einer wirklich sozialökologischen Wende ist die Entscheidung zwischen den verschiedenen Optionen noch nicht getroffen; sie wird in keinem Fall das Resultat einer zwangsläufigen Entwicklung sein. Der Begriff der Übergangssituation, mit dem wir diese Erörterung begeben haben, verweist ausdrücklich auf die Unentschiedenheit des Kampfes um einen emanzipatorisch-sozialökologischen Gesellschaftsumbau, der als solcher über den neoliberalen Finanzmarktkapitalismus hinausführt.

Die Neue Rechte und ihr Ausgriff auf die „Mitte der Gesellschaft“

In den USA zieht die republikanische Rechte, gestützt und getrieben von der Tea-Party-Bewegung, alle Register, um einen radikalen Neoliberalismus gegen Obamas ursprüngliche Strategie internationaler Kooperation, gegen Versuche wirksamer Bankenregulierung, gegen höhere Besteuerung der Reichen und soziale Teilreformen wie im Gesundheitswesen durchzusetzen. Eine solche Neue Rechte hat sich auch in vielen Ländern Europas herausgebildet, wo sie die Hybris der Oberklassen, die Ängste und Verunsicherung der Mittelklassen und das Ressentiment sozial ausgegrenzter Milieus kombiniert und gegen jeweils passende „Andere“ und „Fremde“ mobilisiert. Um die „nationalen Interessen“ und die je eigene „Leitkultur“ in Stellung zu bringen, werden wider- und randständige Teile der Gesellschaft als „Extremist_innen“, „Terrorist_innen“ oder „Islamist_innen“ denunziert und im Folgeschritt konsequent kriminalisiert. Der Herausbildung der „Festungsgesellschaft“ im Innern korrespondieren der auf Dauer gestellte und derart normalisierte Einsatz militärischer Gewalt in den internationalen Beziehungen wie im sog. „Schutz der Außengrenzen“ und die Mobilisierung sozial-rassistischer und antieuropäischer Affekte in den aktuellen Auseinandersetzungen um die Krise des Euro und die Staatsverschuldung in der EU. Das eigentlich Bedrohliche dieser Entwicklung liegt aber nicht nur im Anwachsen der Neuen Rechten, sondern mehr noch in der Schnelligkeit, mit der ihre Positionen auch in der sogenannten „politischen Mitte“ aufgegriffen werden. Da diese Entwicklung die Prozesse eines emanzipatorischen sozialökologischen Gesellschaftsumbaus und das zu seiner Ausarbeitung wie Durchsetzung notwendige demokratische Engagement gesellschaftlicher Mehrheiten zwangsläufig blockieren, kann ein wirklicher Green New Deal auch in dieser Perspektive nur als gleichermaßen solidarisches und libertäres Projekt entworfen werden, also als ein Projekt, das die Freiheit der Menschen nicht beschränkt, sondern allen die Möglichkeit eines guten Lebens eröffnet.

Die Bedrohungen in der gegenwärtigen Umbruchsituation in Chancen zu verwandeln ist die besondere Aufgabe der Mosaiklinken wie aller demokratischen Kräfte in Deutschland und Europa. Wird es trotz der gegenwärtigen Schwäche und der Uneinigkeit der europäischen Linken gelingen, einen Block von Gegenmächten zur herrschenden Politik herauszubilden und einen emanzipatorischen sozialökologischen Transformationsprozess einzuleiten? Neue turbulente Konfliktlagen in kommenden Zeiten können unerwartet schnell in veränderte Kräfteverhältnisse umschlagen. Was könnten die Konturen eines emanzipatorischen Umbaus der gesellschaftlichen Einrichtungen und Lebensweisen sein?

Drei Dimensionen einer emanzipatorischen sozialökologischen Gesellschaftstransformation

Die sozialen, ökonomischen und ökologischen Probleme unserer Zeit sind nicht voneinander zu trennen. Ungerechtigkeit führt zur Zerstörung der Umwelt, ob getrieben von Konkurrenz und Wachstumswahn im Zwang der Profitlogik oder bedingt durch die Armut der Ausgebeuteten, die zur Schonung der Natur oft nicht die Wahl haben. Umweltzerstörung führt umgekehrt zu mehr Ungerechtigkeit, weil sie am wenigsten die ökonomisch und politisch Mächtigen der reichen Länder und am stärksten die armen und ausgegrenzten Teile der Menschheit betrifft. Der Wechselwirkung von sozialen, ökonomischen und ökologischen Konflikten liegen oft undemokratische Herrschafts-, Macht- und Verteilungsverhältnisse und in ihrer Folge nicht-durchhaltbare Konsumwünsche zu Grunde. Ein alternatives Gesellschaftsprojekt umfasst daher ein emanzipatorisches Ganzes sozialer und ökologischer als auch kultureller Transformationsprozesse, das nur als Resultat der Selbstermächtigung und Selbstorganisation unterschiedlicher Akteur_innen im Verlauf einer Erneuerung der Demokratie entworfen und verwirklicht werden kann.

Daraus ergeben sich drei miteinander verflochtene Leitlinien eines emanzipatorischen sozialökologischen Umbaus auf dem Weg zu einer Solidarischen Moderne:

- eine politische Umkehr und tiefgreifende Veränderung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, das sich solidarisch, also sozial und ökonomisch gerecht, nur in ökologisch nachhaltigen Produktions- und Lebensweisen artikulieren kann (ökologische Dimension)
- eine gerechte Umverteilung und allen gleichermaßen garantierte soziale Rechte (soziale Dimension)
- eine Erneuerung der Demokratie als Bedingung dieser beiden zusammenhängenden Umwälzungen und zugleich als eigenständiges emanzipatorisches Ziel (politische Dimension).

Erste Dimension: Solidarische Veränderung der Produktions- und Lebensweisen in ökologisch nachhaltigen, ökonomisch gerechten und demokratisch gestalteten gesellschaftlichen Naturverhältnissen

Die erste Dimension des sozialökologischen Gesellschaftsumbaus zielt auf eine tiefgreifende Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse, weg vom profitorientierten Wachstum und hin zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Statt die Natur als Objekt grenzenloser Ausplünderung zu vernutzen, geht es um Naturverhältnisse, in denen sich die Emanzipation der Gesellschaft auch in der Schonung und Bewahrung ihrer natürlichen Lebensgrundlagen bewährt. Das erfordert, Nahrungsgüter, Energie, Mobilität, Kommunikation und öffentliche Räume anders als bisher zu produzieren, bereitzustellen und zu nutzen.

Die kapitalistische Wirtschaft bewegt sich in einem gefährlichen Widerspruch: Sie wächst, indem sie zugleich ihre gesellschaftlichen und ihre natürlichen Grundlagen untergräbt. Besonders dramatisch tritt dies im Klimawandel und in der fortschreitenden Zerstörung der Biodiversität zu Tage. Beides trifft aktuell vor allem den globalen Süden und die verarmten und ausgegrenzten Teile der Weltgesellschaft. Klimapolitik ist deshalb auch solidarische Entwicklungspolitik. Die Bewahrung der Biodiversität schließt insbesondere den Schutz der indigenen Gruppen vor der räuberischen Aneignung ihrer Naturressourcen und ihres Wissens durch Pharma-

und Saatgutkonzerne und, darüber hinaus, deren Teilhabe an der Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse – über die ja oft andernorts entschieden wird – ein.

Hält der gegenwärtige Trend der Emission von klimarelevanten Gasen an, wird eine Erderwärmung um mehr als 2 Grad Celsius zum Anstieg der Meeresspiegel, zu Dürren, Überschwemmungen und extremen Wetterereignissen führen. Zwei Drittel der von den natürlichen Ökosystemen geleisteten Funktionen und damit elementare Lebensbedingungen künftiger Generationen gelten nach dem „Millennium Ecosystem Assessment“ heute schon als gefährdet. Besonders bedrohlich ist die wechselseitige Kumulation eines inneren Versagens der schon gegenwärtig zu 60 Prozent degradierten Ökosysteme. Zusätzlich mehr als eine Milliarde Menschen könnten in einigen Jahrzehnten von Wasserknappheit betroffen sein, 600 Millionen mehr als ohnehin von Hunger und akuter Mangelernährung. Anderthalb Millionen Tier- und Pflanzenarten gelten bei einer durchschnittlichen Erderwärmung von mehr als 2 Grad als von Ausrottung bedroht.

Schrumpfen und nachhaltige Entwicklung: Eine alternative Klima- und Energiepolitik zählt deshalb zu den größten Herausforderungen eines sozialökologischen Umbaus. Dekarbonisierung und Dematerialisierung auf Basis erneuerbarer Energien und Rohstoffe sind die beiden großen Ziele. Der CO₂-Ausstoß und der Verbrauch wichtiger endlicher Rohstoffe müssen in den Industrieländern bis Mitte des Jahrhunderts um rund 90 Prozent gesenkt werden. Der Übergang von einer fossilistisch-atomaren Wachstumsgesellschaft zu einer Gesellschaft ohne substantielles Wachstum auf der Grundlage von erneuerbaren Energien, Energiespeichertechnologien, Effizienztechnologien sowie nachwachsenden Ressourcen ist insofern zur existenziellen Herausforderung aller geworden.

Der Wirtschafts- und Sozialpolitik fällt es im Verein mit der Politik in anderen Feldern zu, in hohem Tempo für einen Schub von Investitionen in erneuerbare Energien und schadstofffreie Ressourcen und in Technologien zu größtmöglicher Steigerung der Ressourcenproduktivität zu sorgen. In diesem einschneidenden Strukturwandel muss zugleich eine gerechte Verteilung der Lasten und der Zugewinne von Lebensqualität gesichert werden. Auf diese Weise kann während des Übergangs zu einer Wirtschaftsweise auf der Grundlage grüner Technologien zeitweilig ein weniger zerstörerisches, umweltfreundlicheres Wachstum erreicht werden. Wenn allerdings ein solcher Anstoß tatsächlich das von vielen Seiten erhoffte, längere Zeit anhaltende gesamtwirtschaftliche Wachstum auslösen würde, wäre die Wahrscheinlichkeit groß, dass dies die von den Umwelttechnologien ausgehenden Effizienzsteigerungen wieder auffressen würde (rebound effect). Überdies würde ein unverändert profitdominiertes Wachstum ohne wesentliche Veränderungen der Machtverhältnisse die sozialen Defizite und Klüfte des Kapitalismus reproduzieren. Deshalb werden die Industrieländer und die postindustriellen Länder die relativ kurze Übergangsphase eines umweltverträglicheren Wachstum nutzen müssen, um sich auf eine nachhaltige Entwicklung ohne nennenswertes Wachstum des Bruttoinlandsprodukts einzustellen. Das Risiko, auf eine dauerhafte Entkopplung des Ressourcenverbrauchs und der Belastung der Natur vom Wachstum des Bruttoinlandsprodukts zu setzen, ist zu hoch. Kurz und bündig: Auf einer Erde mit begrenzten Ressourcen und Belastbarkeiten kann es auf Dauer kein exponentielles Wachstum geben. Auch wenn die Entwicklungs- und Schwellenländer Armut und Hunger ohne Wachstum vorerst nicht überwinden können, erfordert die Zukunftsfähigkeit einer Weltgesellschaft den letztlich globalen Übergang

von profitdominiertem Wachstum zu einer nachhaltigen Entwicklung, die ihre eigene Bewährung im globalen Wachstum von Lebensqualität, im Wachstum eines weltweiten Gemeinwohls, der gleichen Freiheit und Teilhabemöglichkeit wirklich aller finden muss.

Dafür müssen in der Klimapolitik verbindliche Emissionsobergrenzen für klimarelevante Gase festgelegt werden. Grundlage dafür ist langfristig das Prinzip gleicher Pro-Kopf-Rechte auf Umweltressourcen. Notwendig sind staatliche und privatwirtschaftliche Programme für den Umstieg auf eine solare Energiebasis und verbindliche Festlegungen einer wirklich zureichenden finanziellen und technischen Unterstützung von Entwicklungs- und Schwellenländern bei der emanzipatorischen Bewältigung sozialökologischer Aufgaben. Steuergerechtigkeit zu Lasten von Großvermögen, großen Unternehmen und spekulativer Finanztransaktionen müssen dafür die finanziellen Voraussetzungen dafür schaffen. Weil sektorspezifische Instrumente nicht genügen werden, um radikale Minderungsziele zu erreichen, muss das umweltpolitische Instrumentarium auch durch die Option von Preisreizen über Zertifikate und Umweltsteuern erweitert werden. Wie weit und in welcher Gestalt ein reformierter Emissionshandel oder auch das Instrument des Öko-Bonus künftig dazu gehören sollen, ist umstritten. Dringlich ist, das begrenzte Zeitfenster eines Noch-Wachstums in der westlichen Welt für den sozialverträglichen Rückbau der die Umwelt am meisten belastenden Industrien, für Konversionsprozesse, für die Umverteilung der Erwerbsarbeitszeiten durch radikale Arbeitszeitverkürzung und den Übergang zu zukunftsfähigen Lebensweisen und demokratische Erneuerung zu nutzen.

Dazu gehört die öffentliche Förderung umweltorientiert wirtschaftender Unternehmen etwa nach dem Beispiel des Erneuerbare Energien-Gesetzes, durch die Steuerpolitik, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und mit anderen Instrumenten. Wo Gewinninteressen sozial und ökologisch destruktiv wirken, muss ihr Wirken begrenzt und die Profitdominanz zugunsten sozialer und ökologischer Maßstäbe des Wirtschaftens, also politisch zurückgedrängt werden müssen. Möglichkeiten dafür könnte eine gemischte Wirtschaft mit verschiedenen Eigentumsformen bieten. Der sozialökologische Umbau der Wirtschaft wird für viele Jahre mit großen Investitionen und neuen Arbeitsplätzen einhergehen. Das schafft große Chancen für zukunftsorientierte Unternehmen, engagierte Gewerkschaften und nachhaltige Investor_innen.

NEUE LEBENSWEISEN: Nach Lage der Kräfte wird es größter Anstrengungen bedürfen, um der jahrzehntelangen Prekarisierung der Arbeits- und Erwerbsverhältnisse im Kampf um Mindestlöhne, Arbeitszeitverkürzungen und erste Einrichtungen einer Grundsicherung oder eines Grundeinkommens Einhalt zu gebieten und damit eine Wende von der Verteidigung zur Wiederherstellung bzw. allerersten Durchsetzung gleicher sozialer Rechte für alle Geschlechter und unabhängig von der Staatsbürgerschaft einzuleiten. Soll eine solche Wende zugleich den ökologischen Herausforderungen gerecht werden, muss sie sich zugleich auch in der Ausbildung neuer Produktions- und Lebensweisen artikulieren. Erst dann werden nichtmaterielle Bedingungen der Entfaltung der einzelnen wie aller im Verhältnis zu stofflichem Konsum ein weit größeres Gewicht als bisher gewinnen. Tatsächlich sagen schon heute die meisten, dass ihnen die Zukunft ihrer Kinder, die Gesundheit, Sicherheit im Alter und die Selbstbestimmung des eigenen Lebens am wichtigsten seien. Das Haben wird nicht länger wichtiger bleiben als das, was zu einem guten Leben wiederum der einzelnen wie aller gehören wird: eine gegenseitige Anerkennung, die sich auf die Vermögen eines zugleich frei und solidarisch

geführten Lebens und nicht mehr auf den Besitz der Güter einer exklusiven Überlebenskonkurrenz beziehen wird.

Für die Lebensweisen der Zukunft hat die radikale Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichzeitiger Umverteilung der gesellschaftlichen Arbeit größte Bedeutung. Dem Festhalten an bisherigen Arbeitszeitregimen stehen verschiedene Vorstellungen eines emanzipatorischen Verhältnisses von Erwerbs- und Sorgearbeit, von gesellschaftlichem Engagement und der Zeit für Muße und Hinwendung zu anderen entgegen - geschlechtergerecht für Frauen und Männer gleichermaßen (vgl. u.a. die Debatte um eine „Vier-in-eins-Perspektive“). Sicher schließen nachhaltige zukünftige Lebensweisen Abstriche von Gewohntem ein. Doch könnten sie insgesamt zu einem größeren Reichtum der freien Entfaltung wie des solidarischen Verhaltens führen, das Leben menschenwürdiger und lebenswerter machen und einer Solidarischen Moderne Anziehungskraft verleihen. Allerdings wird die Abkehr von dem tief verinnerlichten Streben nach stofflichem „Mehr“ die Menschen in der westlichen Welt größte Anstrengungen und einen langen Zeitraum des kulturellen Wandels kosten. Es ist keineswegs sicher, wohin solche Veränderungen letztlich führen werden: Der „innere“ kulturelle Wandel wird kaum einfacher sein als die Veränderung der „äußeren“ gesellschaftlichen Verhältnisse. Ein solcher langfristiger Prozess bedarf eines offenen und öffentlichen Diskurses über die Konturen einer besseren Gesellschaft und eines anderen Lebens und deshalb einer Erneuerung der Demokratie als des politischen Rahmens nachhaltiger Entwicklung; einer emanzipatorisch-demokratischen Bildungspolitik kommt nicht nur in diesem Zusammenhang eine zentrale Rolle zu (Frankfurter ISM-summer factory 2010, „Demokratische Bildung“).

Zweite Dimension: Soziale Rechte

Umverteilung von Machtressourcen, gerechte Verteilung und die umfassende Garantie der sozialen Rechte in einem demokratischen Sozialstaat der gleichen Teilhabemöglichkeit der einzelnen wie aller – das ist die zweite Dimension eines emanzipatorisch-sozialökologischen Gesellschaftsumbaus, von der ersten nicht zu trennen. Dazu muss die Vergesellschaftung unter der Logik des Profits und einer verallgemeinerten Besitz- und Überlebenskonkurrenz in einem konfliktiv durchzusetzenden Prozess der Umverteilung der materiellen und immateriellen Ressourcen durch eine Vergesellschaftung abgelöst werden, deren eigenes Maß in der garantierten Teilhabemöglichkeit aller an der gesellschaftlichen und natürlichen Umwelt als einer gemeinsamen Welt liegt. Konkret schließt das den gleichen Zugang aller zur gesellschaftlichen Infrastruktur der Bildung, Information und Kultur, der Gesundheit, des Wohnens, der Mobilität und der freien Zugänge zu öffentlichem Raum, eine Umverteilung ferner durch die solidarische Erneuerung und Erweiterung der sozialen Versicherungssysteme, schließlich eine Umverteilung auch der Erwerbs- und Sorgearbeit zu Gunsten der Erwerbslosen, der Geschlechtergerechtigkeit und des Wandels von Lebensweisen. Kurz: Das Gelingen eines emanzipatorischen sozialökologischen Gesellschaftsumbaus ist orientiert an Gerechtigkeit, Emanzipation und Demokratie und bedarf deshalb des solidarischen Handelns der einzelnen wie aller. Grüne Politik wird nur als linke Politik sozialer Gerechtigkeit und der Veränderung der Machtverhältnisse realisierbar sein, nicht

bloß durch Umweltechnologien. Linke Politik hat nur als umweltorientierte grüne Politik eine Chance auf Durchsetzung.

Nicht zufällig leiden die im gesellschaftlichen Verhältnis Benachteiligten als erste und am meisten unter der Zerstörung der gesellschaftlichen wie der natürlichen Umwelt. Die Politik eines sozialökologischen Gesellschaftsumbaus steht daher in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass dieser Umbau an ihren Bedürfnissen und Ansprüchen ausgerichtet wird: Armut und knappe Einkommen dürfen sie nicht weiter vom Zugang zum gesellschaftlichen Reichtum abschneiden. Das beginnt, global gesehen, mit dem Recht auf Zugang zu Trinkwasser und allen anderen Ressourcen des Überlebens, dem Recht auf gesunde Ernährung, auf zureichenden Wohnraum, umweltfreundliche Mobilität und auf den gleichen Zugang zu den Solidarsystemen der Daseinsvorsorge und ist schon deshalb von der umfassenden Garantie gleicher sozialer, kultureller und politischer Rechte nicht zu trennen. Die soziale Frage ist von der ökologischen Frage und dem Recht auf gleiche Entwicklungs- und Teilhabemöglichkeiten nicht zu trennen.

Eine so verstandene gerechte und solidarische Umverteilung stößt notwendig an die Grenzen der gegebenen Eigentums- und Verfügungsverhältnisse, an die Grenzen auch des Patriarchats und anderer Herrschaftshierarchien und Machtasymmetrien. Ihre Veränderung in der Richtung einer auf unterschiedlichen Eigentumsformen beruhenden *mixed economy* wird daher unumgänglicher Teil der vor uns liegenden emanzipatorisch-sozialökologischen Transformationsprozesse sein.

Zukunftsfähigkeit erfordert eine weitreichende und nachhaltige Minderung der überkommenen Einkommens- und Vermögensklüfte. Denn je tiefer die sozialen Gräben zwischen reichen Oberklassen, Milieus der Mitte und Menschen in prekären und ausgrenzenden Verhältnissen, desto gewaltsamer und gewalttätiger der Druck der Besitz- und Überlebenskonkurrenz auf die einzelnen wie auf alle, desto unausweichlicher die strukturelle Rücksichtslosigkeit gegen Mensch und Natur, desto hemmungsloser die Arbeitshetze und der Leistungsstress, desto abgründiger die Versagens- und Existenzängste, desto tiefgreifender die psychischen und physischen Erkrankungen.

Neben garantierten sozialen Rechten wie dem Recht auf Existenzsicherung, auf gesellschaftlicher Teilhabemöglichkeit, auf Wohnen, Gesundheitsversorgung, auf Bildung und auf angemessen bezahlte, sinnstiftende Erwerbsarbeit kommt in einer Gegenstrategie zur fortschreitenden Privatisierung einer Stärkung des Öffentlichen und insbesondere der öffentlichen Daseinsvorsorge das erstrangige Gewicht zu: nur sie sichert den einzelnen wie allen hier Lebenden gleiche Grundbedingungen eines selbstbestimmten Lebens zu - an Naturressourcen, an Bildungs- und Gesundheitsleistungen, an Wohnraum und Mobilität und an der Nutzung der sozialen und kulturellen Infrastrukturen. Sie stärkt damit Demokratie von unten, während die Privatisierung bisher öffentlicher Güter an die Stelle des Rechts auf Teilhabemöglichkeit das höchst unterschiedlich gefüllte individuelle Konto als Zugangsbedingung setzt und damit materielle Bedingungen der Mitentscheidung aushöhlt. Gemeingütern oder *Commons* wird für einen emanzipatorischen sozialökologischen Gesellschaftsumbaus erstrangige Bedeutung zukommen.

Dritte Dimension: Erneuerung, Entwicklung und Erweiterung der Demokratie

Die partizipative Erneuerung der Demokratie und deren wirtschaftsdemokratische Erweiterung ist die dritte Dimension einer sozialökologischen Gesellschaftstransformation. Soziale Kälte und ökologische Blindheit müssen abgelöst werden durch die Orientierung an einer freien Entfaltung der einzelnen wie aller im solidarischen Verhältnis zum Gemeinwohl wie zur gesellschaftlichen und natürlichen Umwelt. Dies setzt voraus, dass in einer Vielzahl von in sich zugleich konfliktiven wie solidarischen demokratischen Abwägungs- und Aushandlungsprozessen erst herauszufinden sein wird, was in der Fülle der Probleme jeweils als Gemeinwohl gelten darf. Dabei ist die emanzipatorische Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse und damit auch der gesellschaftlichen Naturverhältnisse ein Prozess, der nicht nur die Einrichtungen, sondern auch die Lebensweisen der einzelnen und aller betrifft. Ein derart fundamentaler Wandel kann dann weder verfügt noch bloß verwaltet, sondern muss demokratisch erstritten werden. Nicht zufällig häufen sich deshalb seit längerem schon vielfältige Aktionen des Widerstandes gegen eine verwaltete Welt und ein verwaltetes Leben. Nur wenn die einzelnen selbst entscheiden, wie sie ihre gesellschaftlichen Lebens- und Arbeitsweisen gemeinsam verändern können und wollen, wird die sozialökologische Veränderung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse zu einem emanzipatorischen Fortschritt in den Verhältnissen der einzelnen zu sich, zueinander und zur Gesellschaft werden. Nur wenn die Menschen an den Entscheidungen, die ihr Leben verändern, selbst beteiligt sind und sie zu ihrer eigenen Sache machen, wird der Gedanke der Nachhaltigkeit mit Leben erfüllt werden. Geschlechtergerechtigkeit ist dazu ebenso ein Prüfstein wie die Garantie der gleichen Rechte aller unabhängig von überkommener Staatsbürger_innenschaft.

Die umfassende Durchsetzung der erneuerbaren Energien beispielsweise erfordert eine dezentrale Struktur der Energiewirtschaft – bis zu Entscheidungen von Kommunen für ihre Energieautonomie auf der Basis lokal verfügbarer alternativer Energien, für Kraft-Wärme-Kopplung und eigene kommunale Wärmenetze. Der Übergang zu einem nachhaltigen Verkehrssystem wird nur gelingen, wenn Millionen Menschen sich auf veränderte Mobilitätsformen einlassen, in denen ein öffentlicher Personennahverkehr, die Bahn und das Fahrrad erheblich größere Bedeutung im Verhältnis zum privaten Pkw-Verkehr gewinnen.

Eine Erneuerung der Demokratie darf nicht an nationalen Grenzen Halt machen. Gegenwärtig wird die an die Nationalstaaten gebundene repräsentative Demokratie durch Entscheidungen internationaler Finanzakteure und transnationaler Unternehmen permanent ausgehöhlt. Die Global Players sind nationaler demokratischer Kontrolle nicht nur weitgehend entwichen, sondern ihre Geschäftspolitik beeinflusst das Schicksal von Millionen Menschen vorbei an den Parlamenten wie in Missachtung massenhaften Widerspruchs.

Überfällig ist eine Demokratisierung über den nationalstaatlichen Rahmen hinaus. Begrenzte Möglichkeiten dafür bietet die Entwicklung von *Global Governance* als Zusammenwirken von Regierungen, multinationalen Institutionen, Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren. Doch setzen auch die Machtverhältnisse dieses Geflechts der tatsächlichen Demokratisierung Grenzen, die nur im Maße der Veränderung der grundlegenden gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse aufgebrochen werden können. Zur Erneuerung der Demokratie auf internationaler Ebene gehören die Anstrengungen zur weiteren Demokratisierung der Europäischen Union, tiefgreifende Veränderungen der noch

immer jeder demokratischen Legitimierung entzogenen internationalen Organisationen wie IWF und Weltbank und nicht zuletzt eine Reform der Vereinten Nationen und ihrer Unterorganisationen. Dazu bedarf es zuvorderst die Stärkung einer echten internationalen und europäischen Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit wie der Selbstermächtigung und Selbstorganisation transnational vernetzter sozialer Bewegungen.

Demokratische Kontrolle und Regulierung – Energiewirtschaft und Banken

Einer Erneuerung der Demokratie stehen die gegenwärtigen Eigentums- und Verfügungsstrukturen überall dort entgegen, wo ökonomische Macht demokratische Entscheidungen ausschließt oder erschwert, wo Profitinteressen die Lösung sozialer und ökologischer Aufgaben blockieren, wo notwendig langfristiges Handeln durch kurzfristige Verwertungsinteressen unterlaufen wird. So begrenzt beispielsweise die Monopolisierung der Energie- und Bahnnetze eine dezentralisierte Energieerzeugung und -versorgung und ein integriertes nachhaltiges Verkehrssystem auf empfindliche Weise. Viele Privatunternehmen sind dagegen offen für einen ökologischen Umbau und leisten ihren Beitrag dazu.

ENERGIEWIRTSCHAFT: Die Überführung der Strom-, Gas- und Wassernetze, die ihrer Natur nach öffentliche Güter sind, in die öffentliche Hand ist ein Erfordernis des emanzipatorisch-sozialökologischen Gesellschaftsumbaus und ein wichtiges Element der Erneuerung der Demokratie. Wichtige Schritte auf dem Weg zu gesellschaftlicher Kontrolle und Regulierung der Energiewirtschaft sind die Entflechtung von monopolartigen Energieversorgungsunternehmen und eine staatliche Strompreisaufsicht, die Preismissbrauch verhindert.

Ist die Energiepolitik gegenwärtig zum zentralen Feld des Kampfes um den Übergang von fossilistisch-atomaren Produktionsgrundlagen zu erneuerbaren Energien geworden, so liegt das daran, dass es dabei zugleich um die Grundentscheidung geht, ob der Ausstieg aus der Atomenergie zum Ausgangspunkt einer strategischen Reorganisation der Energiemonopole auf neuer technologischer Basis wird oder ob dieser Übergang zu ihrer Schwächung zugunsten dezentraler Strukturen der Energiewirtschaft und zugunsten der demokratischen Partizipation der Betroffenen energiepolitischer Entscheidungen führen wird: ein Entweder-Oder, in dem es auch um das Eigentum lokaler und überregionaler Energieunternehmen geht.

In dem Projekt Desertec zur solaren Stromerzeugung in Nordafrika und zum Export des Solarstroms nach Europa und in den Investitionen von Großanlegern in riesige Offshore-Windparks zeichnet sich ab, dass die schwarz-gelben Versuche, den Atomausstieg hinauszuschieben, von den Energiekonzernen für eine Erneuerung ihrer Macht auf der Basis der erneuerbaren Energien genutzt werden soll. Zugleich will vor allem der Vattenfall-Konzern den Ausstieg aus der Risikotechnologie Kernkraft für den Einstieg in eine andere Risikotechnologie nutzen, für die Endlagerung von CO₂ in der Erde und den Bau neuer Kohlekraftwerke.

Dem widersetzen sich Bürgerinitiativen und andere zivilgesellschaftliche Kräfte. Zunutze kommt den Akteur_innen einer alternativen Energiepolitik dabei, dass Sonneneinstrahlung, Wind, Geothermie, Umgebungswärme und Biomasse dezentral über das ganze Land verteilt sind und dadurch vielgestaltige Eigen-

tumsformen begünstigen – genossenschaftliches und kommunales Eigentum, Miteigentum der Bürger_innen an dezentraler Energieversorgung und lokalen Netzen, Eigentum örtlicher Privatunternehmen und gemischtes Eigentum. Auf dieser Grundlage können die Gewinne aus erneuerbaren Energien in demokratischer Selbst- und Mitbestimmung für den Ausbau der Erneuerbaren, für Energiesparmaßnahmen, lokale Infrastrukturprojekte und soziale Zwecke eingesetzt werden. Gerade ländliche und marginalisierte Regionen können dabei von stärkerer Wertschöpfung profitieren. Die Träger_innen einer alternativen Energiepolitik fordern realistische und zugleich ambitionierte Ziele für die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energiequellen am Energieverbrauch (100 Prozent bis 2050), intensive Entwicklung von Speichertechnologien, den Rückkauf der Stromnetze durch Kommunen und Regionen bei Auslaufen von Nutzungsverträgen und ihre gemeinwohlorientierte Überführung in die öffentliche oder genossenschaftliche Hand, die Übertragung von überregionalen Netzen an eine bundes- und ländereigene Netzbetriebsgesellschaft unter öffentlicher Kontrolle, eine Re-Kommunalisierung privatisierter Stadtwerke, größte Transparenz bei der Suche nach einem Endlager für Atom Müll und generell die maßgebliche Beteiligung und Mitentscheidung der Bürger_innen in den energiewirtschaftlichen Planungs- und Genehmigungsverfahren. Ein weit größeres Gewicht muss in einer energiepolitischen Wende der Steigerung der Energieeffizienz zukommen. Große Bedeutung gewinnt eine Kreislaufwirtschaft, die auf wechselseitige Ergänzung der Stoffkreisläufe, Wiederverwertung von Rohstoffen, Verkehrsverminderung und Nutzung lokaler Potenziale zielt. Eine agrarpolitische Wende muss naturzerstörende Anbauweisen ausschließen, den ökologischen Landbau fördern und bei vermehrter Bereitstellung regenerierbarer Rohstoffe die Priorität gesunder preisgünstiger Ernährung sichern.

Die Energiewirtschaft ist zu einem Hauptfeld der Entscheidung darüber geworden, ob ein neoliberaler Kapitalismus mit grünen Zügen oder eine sozialökologisch begründete Solidarische Moderne die nächste Zukunft bestimmen werden.

FINANZSYSTEM: Die Finanzierung einer nachhaltigen Energie- und Klimapolitik darf nicht zu weiterer staatlicher Überschuldung führen und nicht zu Lasten sozialer Leistungen erfolgen. Sie erfordert eine gerechte Steuerpolitik, mit der Finanztransaktionen, Großunternehmen, Großvermögen und die Schädigung der Umwelt gezielt belastet werden, und sie fordert eine Wirtschaftspolitik, die Anreize für umweltorientierte Investitionen privater Unternehmen einschließt.

Weltweit agierende private Großbanken, Investmentgesellschaften und Ratingagenturen, stark entkoppelt von der materiellen Produktion und von gesellschaftlichen Dienstleistungen, extrem an kurzfristigen und spekulativen Geschäften und an höchstmöglichen Renditen orientiert, wirken trotz zunehmenden Engagements in grünen Investitionen blockierend auf eine sozialökologische Transformation und haben das globale Finanzsystem an den Rand des Zusammenbruchs geführt. Von privaten Kapitalinteressen gesteuerte Finanzbewegungen rund um die Erde diktieren den Regierungen ihre Bedingungen und lassen staatliches Handeln nicht weniger als Ansätze partizipativer Demokratie ins Leere laufen.

Unumgänglich für eine Erneuerung der Demokratie ist deshalb die Entflechtung von Finanzimperien, deren Größe und volkswirtschaftliche Bedeutung die Staaten in Krisenzeiten zwingen, eintretende Verluste zu lasten

der Steuerzahler zu sozialisieren, nachdem die Gewinne zuvor den großen Unternehmen und Privatvermögen zugeflossen sind. Statt die Aufgaben eines sozialökologischen Gesellschaftsumbaus zu finanzieren, werden Banken gerettet, deren Geschäftsmaßstäbe solchen Umbau blockieren. Notwendig sind dagegen die Trennung des Bankgeschäfts – der Kreditbereitstellung, der Sammlung von Spareinlagen und der Abwicklung des Zahlungsverkehrs – vom Investmentgeschäft und dessen starke staatliche Regulierung unter gesellschaftlicher Kontrolle. Das Haftungsprinzip für private Wirtschaftsakteure ist wiederherzustellen. Mögliche Schritte dazu sind unter anderem die Besteuerung aller Kapitaltransfers, um der Kurzfristorientierung der Kapitalmärkte entgegenzuwirken, Transparenz als Bedingung wirksamer Aufsicht und Regulation, Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen für die Banken, Lizenzzugang für Finanzmarktakteure, die Bankgeschäfte mit Offshore-Zentren abwickeln, politische Abkommen zur Stabilisierung von Wechselkursen, Einführung geordneter Insolvenzverfahren für überschuldete Staaten mit Schutzmechanismen für die betroffenen Bürger_innen und demokratisch gewünschte Zukunftsinvestitionen. Banken, die nicht ausreichend kapitalisiert sind, sollten zumindest zeitweise verstaatlicht werden. Die Regulierung der Finanzmärkte muss unter starker Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Kräften, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen vorangebracht werden. Umstritten ist, wie weit das Finanzsystem vergesellschaftet werden muss, um die Kapitalmärkte wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen: um Investitionen in langfristig orientierte sozialökologische Projekte zu begünstigen, kurzfristig-spekulative Anlagen unattraktiv werden zu lassen und dezentral und gemeinwirtschaftlich ausgerichtete Finanzinstitute systematisch zu stärken.

DAS ÖFFENTLICHE: Im Wandel der Eigentums- und Machtverhältnisse kommt der Stärkung öffentlicher Güter oder *Commons* eine erstrangige Bedeutung zu. Charakteristisch für sie ist nicht in erster Linie, dass viele Gemeingüter wie Wasser, Wälder oder das Klima ihrer Natur nach öffentlichen Charakter haben, sondern dass sie durch gemeinsame Bewahrung und Nutzung als *Commons* gestaltet werden. Gegen eine politische Ökonomie des Privaten muss eine politische Ökonomie des Gemeinsamen gestärkt werden. Zugleich gewinnen Institutionen der sozialen Sicherung gerade im Übergang zu einschneidendem wirtschaftlichen Strukturwandel und gravierenden Veränderungen in den Lebensbedingungen von Millionen Menschen noch größere Bedeutung als bisher. Deshalb gehört zu einem demokratischen Wandel der Eigentums- und Machtverhältnisse eine entschiedene Ausweitung der öffentlichen Daseinsvorsorge und der sozialen Infrastruktur. Dringlich ist, deren Privatisierung zu stoppen, sie dort zurückzunehmen, wo sie bereits stattgefunden hat, und die demokratische Einflussnahme der Bürger_innen auf Bildung, Gesundheitswesen, Kinderbetreuung, Pflege, Kultur, auf Zugänglichkeit öffentlicher Räume und Information zu stärken. Wird dies in vielen Fällen durch öffentliches Eigentum begünstigt, kann in anderen Fällen die Bereitstellung von Leistungen mit dem Charakter öffentlicher Güter auch durch private Unternehmen erfolgen, wenn die öffentliche Hand die Gewährleistung dafür übernimmt. Dem Öffentlichen – öffentlichen Gütern, öffentlicher Daseinsvorsorge, öffentlichem Eigentum, öffentlicher und öffentlich geförderter Beschäftigung, öffentlichen Räumen und der Teilhabemöglichkeit der Öffentlichkeit an Entscheidungen – kommt in jedem Fall erstrangige Bedeutung für eine Solidarische Moderne zu. Indem das Öffentliche in seinen verschiedenen Formen das Recht der Nutzung durch jede und jeden ohne Zahlung oder zu geringen Preisen und Gebühren an die Stelle des durch Geld vermittelten Zugangs zu privaten Gütern setzt, wird Öffentlichkeit selbst zu einer Grundbedingung der Frei-

heit der einzelnen und aller: zum Medium ihrer solidarisch geteilten Sicherheit, zur Bedingung des gleichen Zugangs zu den elementaren Lebensbedingungen und der gleichen Teilhabemöglichkeit an den Freiheitsgütern der Bildung, der Gesundheitsversorgung, des Wohnens wie der Mobilität. Das Öffentliche wird zum gegenseitigen Halt der einzelnen gegen Entsicung und Ausgrenzung und zum Garanten der globalen öffentlichen Güter: der Stabilität der Biosphäre und besonders der Klimastabilität, des Schutzes gegen Armut, Hunger und behandelbare Krankheiten und damit des Friedens.

Weil die Demokratisierung eine wesentliche Voraussetzung des sozialökologischen Strukturwandels ist und zugleich gegen die kurzfristigen Profitinteressen der Unternehmen und ihr Interesse an der Verwertung des in konservative Technologien investierten Kapitals durchgesetzt werden muss, ist die Ausweitung der Mitbestimmung auf Entscheidungen über die Entwicklungsrichtung von Betrieben und Unternehmen erforderlich. Die Sozialverträglichkeit von umweltorientierten Konversionsprozessen wird nicht anders zu sichern sein als unter Beteiligung der Belegschaften. Da ein ökologischer Strukturwandel in der Wirtschaft die Zukunft von Arbeitsplätzen, die Infrastruktur und das gesamte soziale Gefüge von Kommunen, Bundesländern und der Bundesebene betrifft, ist wichtig, dass über die Belegschaften hinaus auf allen Ebenen auch zivilgesellschaftliche Akteur_innen wirtschaftsdemokratischen Einfluss gewinnen, beispielsweise durch die Bildung entsprechender Wirtschafts-, Sozial- und Umwelträte. Der emanzipatorisch-sozialökologische Gesellschaftsumbau ist eine komplexe Aufgabe, die das Zusammenwirken der Akteur_innen sämtlicher Politikfelder erfordert. Wirtschaftsdemokratie wird daher bis zu gesamtwirtschaftlicher Rahmgebung und Steuerung reichen müssen, die der Wirtschafts-, Finanz- und Regionalpolitik, der Forschungs- und Entwicklungsförderung Orientierung geben.

Lösungen für die Staatsschuldenkrise

Eine emanzipatorische sozialökologische Transformation der Gesellschaft wird langfristig in großem Ausmaß Kosten der Reproduktion sparen. Sie wird auf absehbare Zeit aber hohe Forderungen an die Finanzierung des Umbaus stellen. Finanzsystem und Gesellschaftsumbau sind deshalb eng verflochten.

Im Gefolge des Formwandels der Finanzkrise zur Staatsschuldenkrise ist einstweilen in den Vordergrund getreten, wie diese Krise bearbeitet und zu mindest entschärft werden kann. Die bisherigen Rettungsaktionen für einzelne Staaten, die die Spekulation auf deren Staatsbankrott und die Schwächung des Euro abwenden sollten, haben immer nur für kurze Zeit Entlastungen gebracht, denen wieder gefährliche Turbulenzen folgten. Künftige Anstrengungen zur Reformierung des internationalen Finanzsystems müssen in eine emanzipatorisch-sozialökologische Transformation eingefügt werden. Dazu könnten folgende Schritte gehören:

- Lenkung eines Teils der Finanzvermögen in die Finanzierung des Gesellschaftsumbaus statt ihrer Anlage in neuen oder alten undurchsichtigen Finanzgeschäften,
- Statt der Staatsverschuldung einseitig durch radikale Sparprogramme auf der Ausgabenseite der Staatshaushalte mit dem Effekt von starken Wachstumseinbrüchen zu begegnen, sollte durch eine

gerechte Steuerpolitik (höhere Besteuerung von großen Vermögen und Großunternehmen sowie Finanztransaktionssteuern) auf der Einnahmenseite die Finanzierung von öffentlichen Investitionsprogrammen für einen sozialökologischen Umbau gestärkt werden. Notwendig sind ferner staatliche Anreize für private Investitionen in den ökologischen Strukturwandel. Diskutiert wird ein Europäisches Investitionsprogramm (ein „Marshallplan“) für Problemländer, unter Umständen getragen von einer „Europäischen Bank für öffentliche Anleihen“, die als Geschäftspartner der Europäischen Zentralbank bei Marktturbulenzen Staatsanleihen von Euro-Ländern aufkauft und ihnen dadurch Mittel für Investitionsprogramme verfügbar macht.

- Abbau der Ungleichgewichte in den internationalen Handelsbeziehungen: exportorientierte Überschussländer in Europa, insbesondere Deutschland, sind gehalten, mehr aus Defizitländern zu importieren und den eigenen Binnenmarkt zu stärken, beispielsweise durch Einführung gesetzlicher Mindestlöhne, durch Abbau von erzwungener Teilzeitarbeit, Leiharbeit und anderen prekären Arbeitsverhältnissen.
- Unterbindung der Spekulation gegen einzelne hochverschuldete Staaten durch gemeinsame Anleihen der Euro-Staaten (Euro-Bonds) zu günstigeren Bedingungen als denen, die einzelnen in die Krise geratenen Staaten diktiert werden. In Zuge finanzpolitischer Solidarität müssen gemeinsame Regeln für die Solidarität so verbindlich werden, dass die gemeinsame Haftung für Staatsschulden unverantwortlicher Haushaltspolitik einzelner Mitgliedsländer keinen Vorschub leistet.
- -Beteiligung privater Banken und Investmentfonds an künftigen geordneten Umschuldungen überschuldeter Staaten mit Schutzmechanismen für die betroffenen Bürger_innen.

Strategische Kernaufgabe: Breite demokratische Bündnisse für den emanzipatorisch-sozialökologischen Gesellschaftsumbau

Emanzipatorische Reformprojekte eines sozialökologischen Gesellschaftsumbaus werden im Reich der Träume verbleiben, wenn nicht breite Allianzen alternativer Akteur_innen für ihre Verwirklichung sorgen. Doch gegenwärtig existiert noch kein hegemoniefähiges Gesamtkonzept, nicht einmal die Idee, die eine solche Allianz progressiver Kräfte bündeln und die Kräfteverhältnisse in Bewegung bringen könnte. Mehr noch: die jahrzehntelange Einübung in und Verpflichtung auf eine Position der „Mitte“ hat schon den Sinn dafür schwinden lassen, dass es Politik im eminenten Sinn des Wortes nur dort gibt, wo substantielle Alternativen konfliktiv zur Entscheidung stehen.

Gleichwohl finden sich ungezählte Bürger_innen massenhaft, vielerorts und in großer Formenvielfalt in Aktionen der politischen Selbstermächtigung und Selbstorganisation zusammen: sei es in Initiativen für mehr Kitaplätze, längeres gemeinsames Lernen und entsprechende Schulformen, in den Kämpfen für mehr Geschlechtergerechtigkeit, in Allianzen zur Verhinderung von Nazi-Aufmärschen, in der alltäglich praktizierten Solidarität mit Migrant_innen, in Erfahrungen mit Bürgerhaushalten, in den jüngsten Kämpfen für den

Atomausstieg, gegen das Endlager in Gorleben und gegen CCS wie in Umsonst-Aktionen gegen die Verwandlung aller gesellschaftlichen Beziehungen in Warenbeziehungen und der ganzen Gesellschaft in einer Warengesellschaft, in lokalen Bewegungen gegen die Missachtung des politischen Willens der Bürger_innenschaft, auch und nicht zuletzt in Streiks um Löhne und Arbeitsrechte, die bisweilen auch der eigenen Gewerkschaft erst aufgenötigt werden müssen.

Allerdings verlaufen solche Initiativen und Bewegungen in der Regel getrennt voneinander. Kommt es zu gemeinsamen Mobilisierungen, besteht deren Übereinkunft – wie im zurückliegenden Jahrzehnt der globalisierungskritischen Bewegungen – nur erst in der vagen Behauptung der Möglichkeit selbst einer Alternative zum Neoliberalismus („Eine andere Welt ist möglich!“). Es fehlen die verbindenden Konturen eines übergreifenden emanzipatorischen Gesellschaftsprojekts: konkrete Bestimmungen der anderen Welt. Und: Es fehlen breite Bündnisse von Bewegungen und Parteien für ein solches Projekt, mehr noch: es mangelt schon an der Bereitschaft und davor schon am Vermögen der Parteien, zu Bewegungen der Selbstermächtigung ein anderes als ein auf Medienwirksamkeit und Wahltaktiken ausgerichtetes Verhältnis einzunehmen. Deshalb reiht sich das Institut Solidarischer Moderne in die Anstrengungen zur Herausbildung solcher Bündnisse und Vernetzungen ein. Sie können nicht anders als aus dem Zusammenwirken von Menschen in sozialen, ökologischen und Bürgerrechtsprojekten, aus Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Verbänden, von außerwie antiinstitutionellem Protest und institutionellem politischem Gestalten, von außerparlamentarischen Bewegungen und parlamentarischen Initiativen erwachsen. Zur Wirkungskraft mit gesellschaftsveränderndem Potenzial werden sie erst durch den gemeinsamen Entwurf der im Maß des weltgesellschaftlichen Reichtums längst möglichen besseren Gesellschaft, die als Gesellschaft einer Solidarischen Moderne bezeichnet werden kann und nach unserem Vorschlag eine sozialökologische Gesellschaft der fortgesetzten Demokratisierung aller Verhältnisse sein wird.

In der im weitesten Sinne linken Parteienlandschaft sind bei den einen die grünen Wurzeln und Präferenzen, bei den anderen die sozialen Fragen und Forderungen stärker ausgeprägt. Aber für alle Parteien gilt, dass ein ökologisch orientierter sozialer, kultureller und demokratischer Umbau der Gesellschaft nicht einseitig zu Gunsten nur einer Dimension der Erneuerung und zu Lasten der anderen zu haben ist. Ob Parteien oder andere politische Akteur_innen: die einen werden lernen müssen, dass ihre ökologischen Ziele ohne Veränderungen der ökonomischen Macht- und Eigentumsverhältnissen nicht erreichbar sind, die anderen müssen begreifen, dass die nachhaltige Entfaltung von Freiheit, Gleichheit und Solidarität nur in gesellschaftlichen Naturverhältnissen möglich wird, die auf die Schonung und Bewahrung sowie demokratische Gestaltung und nicht auf die Vernutzung des Lebens und der Natur angelegt ist und deshalb auch die Überwindung patriarchaler Lebensweisen einschließt.

Differenzierungen auf Seiten der ökonomisch und politisch Mächtigen nutzen

Eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung ist ein globales Menschheitsproblem. Der Klimawandel, die Zerstörung der Biodiversität, die besitz- und überlebenskonkurrenente Entsolidarisierung und die daraus

resultierende Gewalt mögen die Mächtigen und Reichen weniger als die Mehrheit der Menschen betreffen, aber betroffen sind auch sie. Soweit sie nicht als bloße Repräsentanten von Herrschaftsstrukturen handeln, nicht als Bourgeois, sondern als Citoyen, als denkende und fühlende Individuen, sind Teile der Machteliten für diese oder jene Gestalt des Green New Deal erreichbar – wenn auch erst unter großem und fortgesetztem Druck von unten.

Eine wichtige Chance für den emanzipatorischen sozialökologischen Gesellschaftsumbau besteht darin, dass innerhalb der Unternehmer_innenschaft wie in den managerialen Eliten politisch relevante Differenzierungsprozesse begonnen haben. Einerseits liegen den globalen Gefahren für die Menschheit wie den daraus resultierenden Konfliktlinien die letztendlich stets zerstörerischen Effekte struktureller Profit- und Herrschaftslogiken und –interessen zu Grunde. Andererseits eröffnet eine sozialökologische Transformation dem Kapital auch neue Geschäftsfelder. So ist z.B. die elektro- und informationstechnische Industrie zwar verflochten mit umweltzerstörenden Branchen, doch aus den eigensten Kompetenzen zugleich prädestiniert, neue Netzsteuerungs- und Stromspeichertechniken für eine alternative Energiewirtschaft zu entwickeln und zu produzieren. Die Chemieindustrie könnte angesichts von Peak Oil ein erhebliches Interesse an der Entwicklung neuer Materialien aus nachwachsenden pflanzlichen Rohstoffen und nicht zuletzt an der Nutzung von Kohlendioxid als Rohstoff statt an seiner Verpressung in die Erde zur Geltung bringen. Die Schienenfahrzeugindustrie und Eisenbahngesellschaften könnten mit der Entwicklung von Triebwagen, die mit Brennstoffzellen betrieben werden, teure Stromoberleitungen überflüssig machen. Schiffsbauindustrie und Reedereien könnten sich im eigenen Profitinteresse auf die bordeigene Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien aus Windkraft oder Solarstromanlagen einstellen. Die Bauwirtschaft hat von umweltgerechtem Bauen erhebliche Anstöße zu erwarten. Große Märkte öffnen sich für die Produzent_innen von Technologien für die Wiederverwertung von Rohstoffen und weitgehend geschlossene Rohstoffkreisläufe. Kleine Reparaturunternehmen haben durch die Abkehr von der Wegwerfgesellschaft eine Vielzahl neuer Aufträge zu erwarten. Die Landwirtschaft hat eine Chance der Revitalisierung auf der Grundlage einer regional integrierten Nahrungs-, Pflanzenenergie- und Pflanzenrohstoffwirtschaft, in der jeweils anfallende Reststoffe als Dünge- und Futtermittel oder energetisch verwertet werden können.

Solche partiellen Interessen an einem ökologischen Umbau - die allerdings keineswegs zugleich sozial orientiert sind - korrespondieren mit einem langfristigen Interesse weitblickender Teile auch der Machteliten an der Abwendung von Klima- und Umweltkrisen, die ihre Produktionskosten extrem erhöhen, ihre Profite schmälern und soziale Konflikte herrschaftsbedrohend verschärfen. Aber diese strategischen Interessen von Fraktionen innerhalb der ökonomisch Mächtigen und der politischen Klasse können gegen die konservativen marktradikalen Fraktionen nur dann zur Geltung gebracht werden, wenn der Druck der Mosaiklinken und anderer demokratischer Kräfte richtungsbestimmend, d.h. hegemonial wird. Zum strategischen Paradigma dafür könnte der durch eine machtvoll wiedererstandene Anti-AKW-Bewegung und unter dem Schock von Fukushima erzwungene Beschluss der Bundesregierung zum Ausstieg aus der Kernenergie werden – dann jedenfalls, wenn es gelingt, die herrschaftssichernde Intention auf eine „Befriedung“ der ökologischen Prob-

lematik durch deren fortgesetzte Politisierung abzuwehren und einem umfassenden sozialökologischen Umbau aller gesellschaftlichen Verhältnisse den Weg zu bahnen.

Soll ein solcher „Politikwechsel“ möglich werden, dann müssen diese und andere Differenzen im Inneren der aktuellen Machtverhältnisse so mit- und gegeneinander vermittelt werden, dass sich daraus ein neuer „hegemonialer Block“ im Sinne Antonio Gramscis herausbildet, ein hegemonialer Block, der zunächst die Eröffnung eines emanzipatorisch-sozialökologischen Gesellschaftsumbaus ermöglicht und darin, von heute aus gesehen, zunächst zum „Block der Gegenmacht“ wird. Bürgerinitiativen, Verbraucher_innenverbände, Vereinigungen von Wissenschaftler_innen, Künstler_innen, Lehrer_innen und Bildungsarbeiter_innen, kleinen und mittleren Unternehmer_innen, Selbständigen, Kommunen und Kirchen, Nichtregierungsorganisationen und die kritischen Kräfte im linken und grünen Parteienspektrum haben die doppelte Aufgabe, konkrete Einstiegsprojekte in den Gesellschaftsumbau voranzutreiben und zugleich den Entwurf einer zusammenhängenden emanzipatorischen Gesellschaftsveränderung zum inneren Band der vielen einzelnen Umbauprojekte auszubilden. Die Gewerkschaften sind herausgefordert, endlich und entschieden die korporatistische Einhegung ihrer Kernkompetenz auf Tarifverhandlungen und Absicherung der Kernbelegschaften aufzubrechen und zur gesamtgesellschaftlichen politischen Kraft zu werden. Den sozialen Bewegungen wird es obliegen, einer in Jahrzehnten der „Alternativlosigkeit“ befriedeten Gesellschaft Optionen der konfliktiven Selbstermächtigung und Selbstorganisation zu eröffnen. Das Institut Solidarische Moderne verpflichtet sich, zu den dazu notwendigen Vermittlungsprozessen seinen eigenen Beitrag zu leisten: den einer Programmwerkstatt im Crossover der Mosaiklinken.

Skizze einer Solidarischen Moderne

1. Im Zentrum eines emanzipatorisch-sozialökologischen Umbaus von Wirtschaft und Gesellschaft steht die Bildung eines solidarischen Mitte-Unten-Bündnisses, das Menschen in prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen, lohnabhängige Kernbelegschaften und sozillibertäre Mittelschichten wie Milieus des engagierten Bürgertums umfasst. Die Entstehung eines solchen hegemoniefähigen Bündnisses erfordert eine offene Verständigung aller linken Kräfte aus Bewegungen, Gewerkschaften, Verbänden und Parteien sowie der kritischen Wissenschaft und Kultur auf gemeinsam realisierbare Transformationsprojekte.

2. Einstiegsprojekte eines solchen Gesellschaftsumbaus betreffen im Idealfall wichtige ungelöste Probleme der Gesellschaft und können deshalb die Sorgen und Interessen größerer sozialer Gruppen zum Ausdruck bringen. Sie sollten realistisch, das heißt in absehbarer Zeit durchsetzbar sein und zu alltäglich spürbaren Verbesserungen für die Beteiligten führen. Dadurch haben sie das Potenzial, das verbreitete Gefühl der Ohnmacht zurückzudrängen und mobilisierend zu wirken. Zukunftsorientierte Einstiegsprojekte zeichnen sich dadurch aus, dass der gegenwärtig durchsetzbare Wandel eine Öffnung für weiterreichende Entwicklungen ermöglicht, die die Kräfteverhältnisse mittel- und langfristig nach links verschieben und zugleich zum Ausgangspunkt auch der kulturellen Veränderung von Produktions- und Lebensweisen werden.

Die im Folgenden genannten Politikfelder und konkreten Teilprojekte des Einstiegs in transformatorische Prozesse sind im Institut Solidarische Moderne keineswegs durchweg Konsens, zum Teil sogar umstritten. Diskutiert wird beispielsweise, ob ein bedingungsloses Grundeinkommen unverzichtbarer Bestandteil eines sozialökologischen Umbaus ist oder ob eine sanktionsfreie Grundsicherung ausreicht, um jeder und jedem gleiche Teilhabemöglichkeiten zu garantieren. Zu diskutieren bleiben darüber hinaus schon die Ansätze einer Verständigung zur Sicherheitspolitik als dem Feld, in dem die Differenzen aktuell so groß sind, dass hier keine Einstiegsprojekte genannt werden. In der tabellarischen Aufzählung von Reformprojekten geht es insofern nur erst darum zu zeigen, dass und wie die konzeptionellen Grundgedanken einer sozialökologischen Transformation viele einzelne Lösungen für Probleme der alltäglichen Lebenswelt betreffen und deshalb Voraussetzung eines allererst auszuhandelnden Gesellschaftsumbaus sind.

Zentrale Umbauprojekte	Einstiegsprojekte
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Energiepolitische Wende 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verbreitung von „100 Prozent erneuerbar“-Kommunen ▪ Rekommunalisierung privatisierter Stadwerke, verstärkte Hinwendung zu Erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Kraft-Wärme-Kopplung ▪ Energieeffizienz-Gesetz auf Bundesebene und eine entsprechende Richtlinie auf EU-Ebene ▪ Rückkauf der Stromnetze beim Auslaufen von Nutzungsverträgen durch Kommunen ▪ Selbstorganisation von Anwohner_innen als Miteigentümer an Bio- und Windkraftanlagen ▪ Tarifgünstige Ausweitung des ÖPNV mit einer Umsonst-Perspektive ▪ Widerstand gegen die Verpressung von CO₂ in die Erde und gegen neue Kohlekraftwerke
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Neugestaltung der Erwerbsarbeit 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gesetzliche Mindestlöhne bei Umkehr der Lohnentwicklung der letzten Jahre/Jahrzehnte ▪ Erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit in der Perspektive einer Überwindung geschlechts-

spezifischer Arbeitsteilung (Vier-in-eins-Debatte)

- Stärkung öffentlicher und öffentlich geförderter Beschäftigung im Kontext des Ausbaus öffentlicher Daseinsvorsorge

▪ **Erneuerung der sozialen Sicherungssysteme auf der Grundlage solidarischer Finanzierung und von Geschlechtergerechtigkeit**

- Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle oder:
- Einführung einer armutsfesten, bedarfsorientierten, weitgehend sanktionsfreien Grundsicherung für alle, die ein menschenwürdiges Leben nicht durch eigene Arbeit sichern können
- Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung im Gesundheitswesen und der Pflege

▪ **Hochwertige Bildung für alle unabhängig von ihrem sozialen Status**

- Recht auf kostenlose Kita-Betreuung für jedes Kind
- Besondere Förderung von Kindern aus „bildungsfernen Schichten“
- Verlängerte gemeinsame Schulbildung (bis zur 10. Klasse)
- Persönlichkeitsentwicklung und demokratisches Engagement als erstrangiges Bildungsziel

▪ **Erneuerung der Demokratie in Gesellschaft und Wirtschaft**

- Partizipative Bürgerhaushalte
- Re-Reform des öffentlichen Dienstes – Demokratisierung gegen Verbetriebswirtschaftung
- Stärkere Beteiligung von Belegschaften und Gewerkschaften an wesentlichen Unternehmensentscheidungen
- Stärkung des Einflusses von zivilgesellschaftlichen Akteur_innen auf Betriebs- und

Unternehmensentscheidungen z. B. durch
Wirtschafts-, Sozial- und Umwelträte von
der Mikro- bis zur Makroebene

- Stärkung der parlamentarischen Demokratie
und Zurückdrängen des Lobbyismus

- **Europäische Friedens- und Sicherheitspolitik für eine solidarische Weltwirtschaftsordnung im Aufbruch einer weltgesellschaftlichen Demokratisierung**

- **Kultureller Aufbruch**

- Eröffnung eines breiten öffentlichen Diskurses über emanzipatorische Alternativen und die Notwendigkeit ihrer Verbindung in einem sozialökologischen Gesellschaftsumbau
- Gewinnung von prominenten Akteur_innen von Bewegungen, Gewerkschaften, Parteien, Medien, Wissenschaften, Kirchen und Künsten für die je eigensinnige Artikulation eines mosaiklinken Verständigungsprozesses
- Engagierte Teilnahme an und diskursive Begleitung von Prozessen der gesellschaftlichen Selbstermächtigung und Selbstorganisation
- Kommunikation der vielfältigen Veränderungsprozesse der gesellschaftlichen Produktions- und Lebensweisen

3. Ein dritter Eckpunkt emanzipatorisch-sozialökologischer Transformation ist die konzeptionelle Arbeit an den Konturen eines alternativen Gesellschaftsprojekts. Einzelne Reformschritte allein öffnen noch keinen Horizont der Hoffnung. Aber die Verbindung konkreter Teilprojekte mit dem realitätsnahen Entwurf einer Solidarischen Moderne vermag gesellschaftliche Kräfte zu mobilisieren, die gegenwärtig durch das Fehlen einer überzeugenden Alternative blockiert sind.

Eigene Vorhaben

Das Institut Solidarische Moderne sieht sich nach einer ersten Phase seiner Gründung und Selbstverständigung, der Entwicklung von Internet-Präsenz, der Entwicklung neuer Kommunikationsprozesse und der Vorbereitung des Projekts „Solidarische Arbeitsverhältnisse“ in der Pflicht, in einer zweiten Phase Anstöße eines öffentlichen Diskurses über gesellschaftliche Alternativen zu geben. Die eigene konzeptionelle Arbeit des Instituts soll zu den politischen Inhalten eines alternativen Gesellschaftsprojekts beitragen. Sie zielt darauf, das Crossover einer Mosaiklinken in einem längeren Prozess des Aufbaus strategischer Handlungsfähigkeit produktiv und kritisch zu begleiten.

Mit Blick auf die Bundestagswahlen 2013 und 2017 ist das Institut bestrebt, die im Selbstverständnis grünen und linken Parteien an den Maßstäben eines emanzipatorisch-sozialökologischen Gesellschaftsumbaus und der dazu unverzichtbaren Demokratisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu messen: an ihrer Bereitschaft zu einer gerechten Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten, an der Bereitschaft zur Garantie und vorab zur Wiederherstellung, perspektivisch zur Erweiterung sozialer Rechte, an ihrer Bereitschaft zur sozialökologischen Demokratisierung der Wirtschaft und schließlich an ihrem Verhältnis zu den vielfältigen Prozessen gesellschaftlicher Selbstermächtigung und Selbstorganisation. Es wird die relative Offenheit der Wahlkämpfe nutzen, die kulturelle und politische Virulenz von Positionen einer Solidarischen Moderne zu erkunden und nach Möglichkeit zu bewähren. Das Institut wird zugleich über die kurze Frist der parlamentarischen Auseinandersetzungen hinaus versuchen, zu einem strategischen Ort der kulturellen, wissenschaftlichen und politischen Debatte gesellschaftlicher Alternativen zu werden: für eine emanzipatorisch-sozialökologisch demokratisierte Ökonomie, für eine solidarische und emanzipatorische Transformation der Arbeitsverhältnisse wie der Produktions- und Lebensweisen, für ökologische Gerechtigkeit, für Bildung im Zeichen der Mündigkeit, für eine solidarische Erneuerung des Sozialstaats, für einen solidarischen und kooperativen Internationalismus und, dies alles zusammenbringend, für den lange schon ausstehenden demokratischen Aufbruch einer längst schon existierenden Weltgesellschaft. Das Institut weiß, dass es in einem solchen Aufbruch nur ein Akteur unter anderen sein wird und reiht sich deshalb dem offenen und auf lange Frist auszuspannenden Crossover einer sozialen, kulturellen, wissenschaftlichen und politischen Mosaiklinken ein.

Anmerkungen zur Methode

Der vorliegende Text ist nach der Crossover-Methode des ISM entstanden, dem sogenannten ISM Code. Sein Ziel ist es, möglichst viele Positionen einer Mosaik-Linken miteinander zu vermitteln, gegenseitiges Verständnis der Gemeinsamkeiten und Differenzen zu erzielen und diesen Prozess zugleich so partizipativ wie möglich zu gestalten.

Die unten genannten Personen, haben sich in einem solchen Crossover-Verfahren auf Eckpunkte eines Textes mit dem Arbeitstitel „Umriss einer sozialökologischen Gesellschaftstransformation“ geeinigt, der in einem ersten Entwurf von Dieter Klein erarbeitet wurde. Dieser Entwurf wurde in einem Telefonworkshop diskursiv behandelt, d.h. Lücken benannt, Änderungen vorgeschlagen, Irritationen diskutiert und Wünsche an den Text formuliert. Nachdem diese Teile wiederum in den Text integriert wurden, folgte im Anschluss ein weiterer Telefonworkshop mit erneuter Bearbeitung von Dieter Klein. Die noch verbliebenen Differenzen wurden schließlich dadurch aufgearbeitet, dass der Text von allen beteiligten Workshopmitgliedern im Umlauf unmittelbar bearbeitet wurde.

Das daraus entstandene Papier wurde den Teilnehmer_innen der Summer Factory 2011 in Kassel (16.-18.9.2011) zur Beurteilung und zur Stellungnahme in Form eines World Cafés vorgelegt. Diese Ergebnisse flossen in Teilen wiederum in den Text ein. Dieser Prozess, der auf Konsensfindung beruht, hat 8 Wochen in Anspruch genommen.

Entwurf: Dr. Dieter Klein, verbunden mit großem Dank!

Workshopteilnehmer_innen: Dr. Franz Alt, Prof. Dr. Ulrich Brand, Dr. Sonja Buckel, Sven Giegold MdEP, Katja Kipping MdB, Michael Pachmajer, Dr. Thomas Seibert, Andrea Ypsilanti MdL

Punktuelle Beratung der Workshopmitglieder: Marco Bülow MdB, Katja Dörner MdB, Dr. Axel Troost MdB